

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Reinhard Loske, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg) und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 16/3283 -

Für eine radikale und konsequente Klimapolitik

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- sich innerhalb der EU und weltweit dafür einzusetzen, dass das Kyoto-Protokoll konsequent umgesetzt und die darin vereinbarten Minderungsziele eingehalten werden.
- sich auf der UN-Klimakonferenz in Nairobi dafür einzusetzen, dass der Prozess zur Weiterentwicklung der Klimaschutzverpflichtungen über 2012 hinaus entschlossen und zügig vorangetrieben wird,
- darauf zu achten, dass das Kyoto-Protokoll in seiner Grundstruktur weitgehend beibehalten wird,
- sich für die schrittweise Einbeziehung großer Schwellen- und Entwicklungsländer, insbesondere China, Indien und Brasilien, in das fortgeschriebene Kyoto-Protokoll einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrages mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 16/3283 – abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Andreas Jung (Konstanz)
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Frank Schwabe, Michael Kauch, Eva Bulling-Schröter und Dr. Reinhard Loske

I.

Der Antrag – Drucksache 16/3283 – wurde in der 63. Sitzung des Deutschen Bundestages am 9. November 2006 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II.

Der Antrag hebt hervor, dass der Klimawandel dramatisch voranschreitet. Deutschland sei bislang auf relativ gutem Wege zur Erfüllung seiner nationalen Reduktionspflicht im Rahmen der EU-Lastenverteilung zur Erfüllung des Kyoto-Zieles der EU von 21 % der Emissionen von Treibhausgasen gegenüber 1990 für den ersten Verpflichtungszeitraum (2008 bis 2012). Ohne zusätzliche Maßnahmen werde dieses Ziel aber dennoch verfehlt werden. Mit dem Antrag soll der Deutsche Bundestag deshalb insbesondere aufgefordert werden,

- sich innerhalb der EU und weltweit dafür einzusetzen, dass das Kyoto-Protokoll konsequent umgesetzt und die darin vereinbarten Minderungsziele eingehalten werden,
- sich auf der UN-Klimakonferenz in Nairobi dafür einzusetzen, dass der Prozess zur Weiterentwicklung der Klimaschutzverpflichtungen über 2012 hinaus entschlossen und zügig vorangetrieben wird. Dazu gehört auch ein konkreter Zeitplan mit dem Ziel, bis 2008 ein Kyoto-Folgeabkommen „Kyoto-Plus“ für den Zeitraum nach 2012 zu vereinbaren,
- darauf zu achten, dass das Kyoto-Protokoll in seiner Grundstruktur weitgehend beibehalten werde,
- sich für die schrittweise Einbeziehung großer Schwellen- und Entwicklungsländer, insbesondere China, Indien und Brasilien, in das fortgeschriebene Kyoto-Protokoll einzusetzen,
- zu Beginn der deutschen EU-Präsidentschaft mit der Verkündung eines verpflichtenden nationalen Klimaschutzzieles zur Reduzierung der nationalen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % und bis 2050 um 80 % gegenüber 1990 an die EU-Partnerländer ein klares Zeichen für die Bedeutung des Klimaschutzes zu senden.

III.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag - Drucksache 16/3283 – in seiner Sitzung am 28. Februar 2007 beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU vertrat die Auffassung, dass sich die mit dem Antrag intendierte Aufforderung der Bundesregierung eindeutig auf die UN-Klimakonferenz in Nairobi beziehe, die bereits vom 6. bis 17. November 2006 stattgefunden habe. Einem durch Zeitablauf erledigten Antrag könne man nicht zustimmen, auch wenn zumindest einige Themen aktuell geblieben seien. In Nairobi habe es kleine Fortschritte gegeben. Die Bundesregierung müsse nun im Rahmen der G8 und EU-Präsidentschaft das Thema Klimaschutz weiter forcieren. Der Bundesumweltminister habe in Nairobi Positionen vertreten, auf die der Antrag abgezielt habe. Dies betreffe insbesondere die Reduzierung nationaler Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 und die Einigung auf ein Minderungsziel der EU von 30 % bis 2020 gegenüber 1990.

Die Fraktion der SPD teilte die Ansicht, dass der Antrag einzelne Positionen enthalte, die von der Bundesregierung ohnehin in Nairobi vertreten worden seien. Deutschland habe auf dem Gebiet des Klimaschutzes eine Vorreiterrolle eingenommen.

Die Fraktion der FDP hob hervor, die Erledigung des Antrags sei einzig und allein darauf zurückzuführen, dass dieser von den Antragstellern zu spät eingebracht worden sei, und zwar erst als die Konferenz in Nairobi bereits begonnen habe. Offenbar diene der Antrag nur dem Zweck der Pressearbeit.

Die Fraktion DIE LINKE. verwies auf ihren Antrag „Klares Signal für die Kyoto-II-Verhandlungen auf der UN-Klimakonferenz in Nairobi setzen“ auf Drucksache 16/3026.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erklärte, sie stimme sowohl ihrem Antrag als auch dem der Fraktion DIE LINKE. zu.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf – Drucksache 16/3283 – abzulehnen.

Berlin, den 28. Februar 2007

Andreas Jung (Konstanz)
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatteerin

Dr. Reinhard Loske
Berichterstatter

